



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

2013/2195(DEC)

27.11.2013

ENTWURF EINER STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

für den Haushaltskontrollausschuss

zur Entlastung für die Ausführung des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2012, Einzelplan III – Kommission (2013/2195(DEC))

Verfasserin der Stellungnahme: Pervenche Berès

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten ersucht den federführenden Haushaltskontrollausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. begrüßt, dass der Rechnungshof den Bereich Beschäftigung und Soziales wiederum anhand einer eine große Zahl von Vorgängen umfassenden Stichprobe geprüft hat; bedauert den Anstieg der Fehlerquote für diesen Politikbereich, die 2012 3,2 % gegenüber 2,2 % im Vorjahr betrug; weist darauf hin, dass diese Fehlerquote immer noch die niedrigste von allen Politikbereichen war;
2. verweist auf die Bedeutung des Europäischen Sozialfonds (ESF) als eines zentralen politischen Instruments für die Umsetzung der Beschäftigungs- und Sozialpolitik, vor allem in Zeiten eines wirtschaftlichen Abschwungs, in denen derartige Investitionen in Humankapital, Beschäftigung und soziale Eingliederung am meisten benötigt werden; stellt fest, dass auf die Ausgaben des ESF rund 97 % der Ausgaben des Politikbereichs im Jahr 2012 entfielen;
3. fordert erneut dazu auf, die Finanzinstrumente, insbesondere den ESF, den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung, die einschlägigen Komponenten des Instruments für Heranführungshilfe und das europäische Progress-Mikrofinanzierungsinstrument zu überwachen und ihre Leistung anhand der spezifischen, in der EU-2020-Strategie festgelegten politischen Ziele und im jährlichen politischen Prozess des Europäischen Semesters zu messen;
4. bedauert die aus nicht förderfähigen Projekten und Ausgaben resultierenden Fehler; wiederholt seine Forderung nach einer effizienteren Überwachung der Einhaltung der Vorschriften für die Förderfähigkeit;
5. ist der Ansicht, dass mehrere Fehler, die aus Verstößen gegen die Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge und aus der Einbeziehung nicht förderfähiger Teilnehmer resultieren, auf die zusätzlichen Anforderungen des nationalen Rechts zurückzuführen sein könnten; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, derartige Fälle eines aktiven oder passiven „Draufsatteln“ (sogenanntes „gold-plating“) zu überprüfen, um unnötigen Verwaltungsaufwand und unnötige Komplexität beim Zugang zum ESF und zu anderen Ausgaben im Bereich Beschäftigung und Soziales abzubauen; verweist in diesem Zusammenhang auf den jüngsten Bericht der Kommission mit dem Titel „Simplification and Gold-plating“¹, insbesondere bei der Umsetzung der neuen Verordnung;
6. nimmt Kenntnis von den Bemerkungen des Rechnungshofs zu den Vorteilen der Anwendung vereinfachter Kostenoptionen, wodurch das Fehlerrisiko und der Verwaltungsaufwand für die Begünstigten verringert wird; begrüßt, dass 2012 bei 26 % der in der Stichprobe erfassten ESF-Vorgänge bereits von diesen Optionen Gebrauch

¹ Simplification and Gold-plating in the European Social Fund, Ref. Ares(2013)3470438978 - 13/11/2013, GD Beschäftigung, Soziales und Integration, Europäische Kommission.

gemacht wurde¹; tritt für eine breitere Anwendung der vereinfachten Kostenoptionen während der künftigen mehrjährigen Finanzperiode ein;

7. weist erneut darauf hin, dass die Verwendung der EURES-Mittel, deren Ausschöpfungsrate zwischen 2010 und 2012 rückläufig ist, verbessert werden muss; begrüßt die Lancierung des Programms „Dein erster EURES-Arbeitsplatz“ im Jahr 2012 als einer der Hauptaktionen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit;
8. fordert die europäischen und nationalen Stellen auf, bei der Einrichtung der Kontrollmechanismen für den Einsatz des Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen, darauf zu achten, dass eine Anpassung entsprechend der Art der betroffenen Akteure vorgenommen wird;

¹ Simplification and Gold-plating in the European Social Fund, Ref. Ares(2013)3470438978 - 13/11/2013, GD Beschäftigung, Soziales und Integration, Europäische Kommission, S. 4.